

# Uni scheidet die SVP-Geister

Baselbiet | SVP streitet um Universitätsvertrag und Beschaffungsgesetz

Die Baselbieter SVP hat am Parteitag nicht nur die Parolen gefasst, sondern auch über den 80-Millionen-Franken-Deal mit dem Kanton Basel-Stadt diskutiert.

Jan Amsler

80 Millionen Franken ist es Basel-Stadt wert, dass das Baselbiet den Universitätsvertrag und die Kulturbeiträge nicht aufkündigt. Die Partnerschaftsvereinbarung stelle eine Win-win-Situation dar, sowohl für die beiden Kantone als auch für die Universität und die Kulturbetriebe, so der Tenor der Regierungen beider Basel. Doch die Baselbieter SVP hatte in einer Mitteilung ihr «Erstaunen» ob der Partnerschaftsvereinbarung kundgetan (die «Volksstimme» berichtete).

So war die Universität vorgestern auch am Parteitag der Baselbieter SVP in Liestal ein Thema. Regierungsrat Thomas Weber erklärte, mit dem Deal wertvolle Zeit gewonnen zu haben. Die 80 Millionen Franken von Basel-Stadt – genauer: je 20 Millionen Franken in den Jahren 2016 bis 2019 – würden ein typisches Verhandlungsergebnis darstellen, beide Parteien hätten von ihren ursprünglichen Positionen abrücken müssen. Die Finanzstrategie sah bei der Uni ab dem Jahr 2018 eine Kosteneinsparung von 25 Millionen und beim Kulturvertrag ab dem Jahr 2017 eine Entlastung von 5 Millionen Franken vor, die Zahlungen der Stadt erfolgen aber bereits ab nächstem Jahr, womit das Finanzziel dank der Partnerschaftsvereinbarung erreicht sei.

Landrat Hanspeter Weibel bleibt derweil bei seiner Position. Er lobte die Regierung für das ausgezeichnete Verhandlungsgeschick – meinte damit aber Basel-Stadt. Er ist überzeugt: Diese Vereinbarung bricht

dem Baselbiet das Genick. Statt jährlich rund 170 Millionen Franken sollte der Kanton aus der Optik Weibels nur 40 Millionen Franken bezahlen müssen, deshalb müsse der Vertrag aufgekündigt werden. Zwar sprach sich Karl Willimann, ehemaliger Parteipräsident und ehemaliger Präsident der landrätlichen Bildungskommission, zugunsten Weibels aus, die meisten der Votanten zeigten sich jedoch froh über den Zeitgewinn, den die Regierung ausgehandelt hatte. «So schlecht finde ich das Verhandlungsergebnis auch wieder nicht», sagte etwa Vizepräsident Johannes Sutter. Weibel hingegen mahnte: «Wir befinden uns an einem Scheideweg. Die nächste Gelegenheit zur Kündigung gibt es erst in vier Jahren wieder, also nach den nächsten Regierungswahlen.»

## Beschaffungsgesetz polarisiert

Am Parteitag fasste die SVP auch ihre Parolen im Hinblick auf die Abstimmungen vom kommenden Sonntag. Ohne Gegenstimme bei

zwei Enthaltungen sprach sich die Partei bei der Entwicklungsplanung Leimental-Birsek-Allschwil (Elba) überdeutlich für die Stossrichtung Ausbau aus. Einig waren sich die Parteimitglieder auch bei der Vorlage zur familienergänzenden Kinderbetreuung (FEB): Die SVP stellt sich gegen die FDP-Initiative und wirbt für ein Ja zum Gegenvorschlag von Parlament und Regierung. Vorgestellt wurde das Traktandum von Landrat und Buckter Gemeindepräsident Peter Riebli, der in der Initiative einen zu grossen Einschnitt in die Gemeindeautonomie sieht. Auch Landrätin Susanne Strub aus Häfelfingen bezog Stellung zugunsten des Gegenvorschlags, der «ein bedarfsgerechtes Angebot» an ergänzender Kinderbetreuung ermöglichen würde.

Uneinig waren sich die Referenten beim Traktandum Beschaffungsgesetz. Während der Ormalinger Markus Meier, Landrat und Co-Präsident des Initiativkomitees, betonte, dass das Gesetz weder zu Mehrkosten für Gemeinden und

Kanton noch zu mehr Bürokratie führe, wie die Gegner behaupteten, hielt Landrat Hanspeter Weibel dagegen. Weibel plädierte für eine Stimmfreigabe, da im «überwiegenden Bereich der öffentlichen Beschaffung» kein zusätzlicher Gesetzesnachschub nötig sei und er nicht glaube, dass die Initiative zusätzlichen Kosten verursache. Nationalrat Thomas de Courville äusserte seine Zweifel an der Initiative. Dennoch entschied sich die Parteimitglieder mit 17 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen dafür, ihre Landratsfraktion, die sich für die Torsion des Beschaffungsgesetzes ausgesprochen hatte, nicht im Stich zu lassen. Ein entscheidendes Argument dürfte dabei das Votum gewesen sein, das die SVP nie eine Stimmfreigabe schliesse. Weiter würde die Unterstützung «ein schlechtes Beispiel» darstellen, zumal die im Rahmen ihrer Kampagne die Wirtschaftskammer gegen die Initiative mobilisieren.



Regierungsrat Thomas Weber verteidigt die Partnerschaftsvereinbarung mit dem Nachbarkanton.

Bild Jan Amsler

«Alle Ideen sind prüfenswert»